

Ergebnisprotokoll
der 13. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 27.10.2016

Beginn: 15:15 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Meyer
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion Herr Crueger
Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion Frau Neumeyer
Herr Scharf
Herr Strohmans

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke Frau Bernhard

FDP-Fraktion Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Kamp Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
Herr Polzin kehr
Herr Viering
Herr Eickhoff

Herr Krämer
Herr Imholze
Frau Eimert
Frau Dr. Christiansen
Herr Dr. Sünnemann
Frau Zimmermann
Frau Pieper Amt für Straßen und Verkehr
Herr Sauer
Herr Donaubauer Bauamt Bremen Nord

III Gäste

Herr Arndt Bremer Straßenbahn AG
Herr Rode

IV *Gastdeputierte*

Herr Hamann (SPD-Fraktion)
Frau Schiemann (SPD-Fraktion)
Herr Imhoff (CDU-Fraktion)
Herr Saffe (Fraktion B´90/Die Grünen)
Frau Dr. Schaefer (Fraktion B´90/Die Grünen)
Herr Janßen (Fraktion DIE LINKE)

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 13. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

TOP 5 „Bebauungsplan 2473 für ein Gebiet im stadtbremischen Überseeahafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I“ **und TOP 12h)** „Baustellenmanagement am Osterdeich“ **werden vertagt.**

Zu TOP 11 Projekt „Bio aus der Region – vom Land auf den Tisch“ liegt eine **Neufassung der Anlage (Senatsvorlage)** vor.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 19/12 der Sitzung am 11.08.2016 -Protokoll 19/13 der Sitzung am 08.09.2016)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Maßnahmen zur zeitnahen Errichtung von Kindertagesstätten in der Stadtgemeinde Bremen - Zur Verfahrensvereinfachung bei der Errichtung von Kindertagesstätten – -FB 01-	Vorlage 19/189
-------	--	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die Veranlassung und den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage „Maßnahmen zur zeitnahen Errichtung von Kindertagesstätten in der Stadtgemeinde Bremen“ gemäß der Anlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Aussetzung der Punkte 3.3.2.3, 3.3.2.4, 3.3.2.7 und 3.3.2.8 der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben bei der Errichtung von Kindertagesstätten bis zum 31.12. 2019 zu. Anstelle der in den genannten Punkten beschriebenen Verfahren werden folgende Ausnahmen eingeführt:
 - Bei Neubau sowie Sanierungs-, Modernisierungs- und Umbaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Wert unter dem Schwellenwert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird auf die Vorlage einer EW-Bau verzichtet. In diesem Fall ist die erweiterte ES-Bau gem. Lph. (3) HOAI zu erstellen.
 - Bei Neubaumaßnahmen mit Projektgrößen deren Schwellenwert über dem Wert für Bauvergaben gem. VGV liegt, wird zusätzlich zur ES-Bau die Erstellung einer EW-Bau gefordert. In diesem Fall ist die ES-Bau für Neubauten als Vorentwurf gem. Lph. (2) HOAI zu erstellen.

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2473 für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I -FB 01-	Vorlage 19/191
--------------	---	-------------------

Vertagt

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum - westlich der Bremerhavener Heerstraße (Öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 19/190
--------------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum westlich der Bremerhavener Heerstraße (Bearbeitungsstand: 30.09.2016) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 103 (mit Vorhabenplan 103) zum Vorhaben „Verbrauchermarkt Bremerhavener Heerstraße 42-46“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum

westlich der Bremerhavener Heerstraße (Bearbeitungsstand: 30.09.2016) öffentlich auszulegen ist (§ 3 Abs. 2 BauGB)

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.

Einstimmig

TOP 7	Abbruch und Neubau der Straßenbrücke „Braut-Eichen/ Im Dorfe“ über die Schönebecker Aue (BW Nr. 904) - ASV -	Vorlage 19/185
--------------	--	-------------------

Frau Neumeyer fragt, ob die Straße An der Aue, über die der Verkehr umgeleitet werde, dementsprechend in die Lage versetzt oder saniert werde, so dass sie den zusätzlichen Verkehr auch aufnehmen könne. Denn diese Straße sei bereits jetzt schon in einem sehr desolaten Zustand, der sich im kommenden Winter nicht verbessern werde.

Frau Sprehe bittet darum, dort vermehrt auf einen verkehrssicheren Zustand zu kontrollieren.

Frau Pieper erklärt, dass sich die Straße in einem verkehrssicheren Zustand befinde. Es werde regelmäßig kontrolliert und im Bedarfsfall instand gesetzt, um permanent die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Es sei jedoch nicht geplant, diese Straße auszubauen oder von Grund auf zu sanieren.

Herr Sauer ergänzt, dass es zwar eine kleine Brücke, aber ein kompliziertes Bauvorhaben sei. Es müssten im Vorfeld mehrere Leitungskanäle mit den Leitungen verlegt werden. Erst danach könne die Brücke abgerissen werden. Daraus ergebe sich die relativ lange Bauzeit.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahme vorbehaltlich der Senatsbefassung zu.

Einstimmig

TOP 8	Betrieb von Lichtsignalanlagen - Überprüfung der Radfahrer-räumzeiten an Lichtsignalanlagen - ASV -	Vorlage 19/187
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Maßnahme und der Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 9	Verkehrskollaps in Huchting während des Baus der B75-Brücke verhindern - ÖPNV als attraktive Alternative stärken - 5 -	Vorlage 19/171
--------------	--	-------------------

Frau Bernhard erklärt, dass sie dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Die Mehrkosten für diese Tickets entstünden und die Nutzerinnen und Nutzer müssten diese über die Tickets bezahlen. Es wäre eine gute Entscheidung gewesen, dies anders zu lösen.

Herr Senkal bittet darum, bei den im Rahmen der Baumaßnahme erforderlichen Sperrungen der B75 zu prüfen, ob an diesen Tagen parallel größere Veranstaltungen stattfinden, die dann auf den Ausweichstrecken ohnehin zu höherem Verkehrsaufkommen führen würden.

Herr Strohmam unterstützt diese Bitte.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft).

Zustimmung gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE

TOP 10	Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG - Bericht der Deputation - - 50 -	Vorlage 19/182
---------------	--	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die Regelungen des Kontraktes.

Herr Janßen stellt fest, dass die durch die Reduzierung öffentlicher Zuschüsse auftretenden Zusatzkosten bei der BSAG entweder durch eine Erhöhung der Ticketpreise oder durch Personalabbau kompensiert werden müssten. Der zweite Punkt solle mit dieser Vereinbarung abgeschlossen werden. Öffentlicher Nahverkehr sei aber bei einer Tarifierhöhung für bestimmte Einkommensgruppen kaum noch leistbar. Die Sozialtickets lägen bereits jetzt deutlich oberhalb der Summe, die im Regelsatz für Mobilität vorgesehen sei.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass dies nicht die beiden einzigen Maßnahmen seien. Entscheidend sei die Attraktivierung des Angebots mit dem Ziel der Fahrgastgewinnung. Hier sei die BSAG in den letzten Jahren auch sehr erfolgreich.

Herr Polzin ergänzt, dass eine Anpassung der Fahrpreise aufgrund steigender Personal-, Treibstoff- und Stromkosten erforderlich sei. Alle Maßnahmen dienten der Stabilisierung und dem Ausbau der Nachfrage.

Herr Buchholz erklärt, dass er sich enthalten werde, da seine Fraktion einige Inhalte des Berichts kritisch sehe, insbesondere den Ausbau der Linien 1 und 8.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnisnahme.

Zustimmung bei Enthaltung der Fraktion der FDP

TOP 11	Projekt „Bio aus der Region – vom Land auf den Tisch“ Einrichtung einer drittmittelfinanzierten Koordinierungsstelle -3-	Vorlage 18/192
---------------	--	-------------------

Frau Bernhard möchte wissen, worauf sich die in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung als Kriterien für die Erfolgsmessung genannten Besucherzahlen begründen. Weiter fragt sie, ob geplant sei, die Stelle zu entfristen, um das Projekt zu verstetigen. Sie könne nicht nachvollziehen, weshalb die Ausführungen zu den Genderaspekten verändert wurden. In der ersten Variante waren diese sehr treffend formuliert. Die tatsächliche Verteilung der Rollen könne man dem Gleichstellungsbericht der Bundesregierung so entnehmen.

Herr Saffe erklärt, dass es gut und wichtig sei, Ernährungsthemen in den Blickpunkt zu nehmen. Konventionelle Landwirtschaft sei nicht per se weniger tierfreundlich, als Bio-Landwirtschaft. In der Region gebe es auch gute konventionelle Landwirtschaft. Eine Verstetigung des

Projektes sei wünschenswert, damit dauerhaft mehr Verbraucher regional einkaufen und umgekehrt mehr Erzeuger ihre Waren auch regional vermarkten können.

Herr Staatsrat Meyer antwortet, dass die geschätzten Besucherzahlen auf Erfahrungswerten von anderen Biomärkten basieren. Es gehe um ein über Drittmittel finanziertes, befristetes Projekt. Der Wissenstransfer über die befristete Stelle hinaus solle über ein online Handbuch sichergestellt werden. Die Fragestellung, wie organisiert man Märkte, könne innerhalb der Projektlaufzeit ausführlich bearbeitet werden.

Die Formulierung der Gender-Aspekte sei im Senat geändert worden.

Herr Imhoff stellt fest, dass es im Wesentlichen darum gehe, wie man Märkte organisiere. Dies könnte man genauso gut beim Wirtschaftsressort ansiedeln. Im Projekt BioStadt gehe es darum, Bio-Produkte und regionale Produkte voran zu bringen. Aber es gab bisher keine Festlegung auf regionale Bio-Produkte. Er halte es für zielführender, die Menschen zu überzeugen, anders einzukaufen. Wenn die Nachfrage vorhanden sei, würden sich Vermarktungsstrukturen von selbst ergeben. Zudem werde die befristete Stelle u. a. aus Mitteln der Wasserentnahmegebühr bezahlt. Diese diene immer mehr als Spielball der Koalition für ihre Wünsche. Diese Stelle hätte auch gut bei der Landwirtschaftskammer angesiedelt werden können, dort hätten sich noch Synergieeffekte ergeben. Insgesamt werde seine Fraktion die Vorlage daher ablehnen.

Herr Crueger hält den Dissens in der Sache für nicht so groß. Regionale Wertschöpfung sei die Grundvoraussetzung, um Landwirtschaft in Zukunft zu organisieren.

Frau Dr. Schaefer betont, dass im Rahmen der „Hauptstadt des Fairen Handels“ darüber diskutiert wurde, ob Menschen mehr kaufen, weil sie vor Ort ein breiteres Angebot haben oder ob sie aus Überzeugung in bestimmten Läden einkaufen. Tenor war dort, dass die Menschen eher fair gehandelte oder auch Bio-Produkte kaufen würden, wenn das Angebot größer und leichter zugänglich sei. Dies erreiche man durch bessere Vernetzung und mehr Anbieter. Ziel der Koalition sei es, die Erzeugung und den Kauf von Bio-Produkten auszuweiten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Ausführungen in der Senatsvorlage zur Kenntnis stimmt der Einrichtung einer drittmittelfinanzierten halben Stelle mit 0,5 VZE für die Durchführung des Projektes „Bio aus der Region – vom Land auf den Tisch“ zu.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

NACH- TRAG TOP 11a	Einzelhandel in der Überseestadt in Ergänzung zum Kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen -71-/-62-/-SWAH-	Vorlage 19/172
-----------------------------------	---	-------------------

Herr Pohlmann berichtet, dass die vorliegende Vorlage am 26.10.2016 ebenfalls in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beschlossen wurde.

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion diese Vorlage ablehnen werde. Man müsse die Überseestadt grundsätzlich neu bewerten. Die Evaluation des Einzelhandelskonzeptes werde schon seit Monaten versprochen. Seine Fraktion habe dem Konzept 2009 nur unter der Bedingung zugestimmt, dass eine Evaluierung statfinde. Seitens der Verwaltung werde das Einzelhandelskonzept herangezogen, um Vorschläge aus der Bevölkerung oder den Beiräten ablehnen zu können.

Herr Bücking führt aus, dass dieses Konzept dazu diene, die Zentren zu pflegen und zu schützen. Dazu gehöre, dass auch Anträge abgelehnt werden. Aber man tue das verbunden mit der Absicht, die vorhandene räumliche Ordnung des Einzelhandels zu pflegen und zu entwickeln. Man könne kein Konzept machen, wenn man nicht bereit sei, „Nein“ zu sagen. Flexibilität sei sinnvoll, aber sie müsse dem Steuerungszweck verpflichtet sein, auf den man sich gemeinsam verständigt habe. Für die konkrete Planung in der Überseestadt sei die Vorlage über-

zeugend. Die Zahl der Menschen, die dort wohnen, werde sich rasch erhöhen, die Zahl der Arbeitsplätze auch und es stelle sich die Frage, ob es gelingen könne, einen zentralen Bereich zu schaffen, eine Mitte dieser Überseestadt. Es sei erfreulich, dass sich der Großmarkt bereit erkläre, einen Teil seines Grundstücks bereit zu stellen.

Herr Senator Dr. Lohse stellt klar, dass das kommunale Einzelhandelskonzept im Jahr 2009 von der Bremischen Bürgerschaft als städtebauliche Entwicklungsplanung gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen wurde. Die Verwaltung sei an diesen Beschluss der Bürgerschaft gebunden und müsse entsprechend danach handeln. Man habe damals eine Evaluation vereinbart. Daran arbeite das Ressort auch, aber im Vorfeld, als letzten Schritt des bisherigen Konzeptes, war das Konzept für die Überseestadt vorzulegen. Damit liege nun ein Einzelhandelskonzept für das gesamte Stadtgebiet vor und der nächste Schritt sei jetzt die Evaluation. Neben dem kommunalen Einzelhandelskonzept gebe es das regionale Konzept, das vertraglich im Kommunalverbund vereinbart sei. Auch diese Regelwerke müssten von der Verwaltung eingehalten werden.

Herr Strohmann hält es für legitim, nach fünf Jahren eine Evaluation zu fordern. Wäre diese bereits 2014 erfolgt, hätte vielleicht gerade das Überseestadtkonzept anders ausgesehen. Das regionale Einzelhandelskonzept funktioniere immer solange gut, solange keine persönlichen oder regionalen Interessen dem entgegenstünden. Dazu wurde viel Papier beschrieben, aber die Umsetzung sei schwierig.

Herr Viering berichtet, dass die Vorarbeiten für die Evaluation begonnen hätten. Der Auftrag für eine Bestandserhebung sei erteilt worden. Als nächstes solle dann auf dieser Datengrundlage eine Einschätzung gemacht werden, welche Wirkung das Einzelhandelskonzept hatte, wie gut die Menschen versorgt seien und mit welchem Sortiment. Das Konzept habe nach dem BauGB gerade auch die Funktion, „Nein“ sagen zu können und dass dieses „Nein“ vor Gericht auch Bedeutung und Bestand habe.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt das Einzelhandelskonzept für die Überseestadt zur Kenntnis und bittet die beteiligten Ressorts, die Empfehlungen zur Nahversorgung umzusetzen.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 12	Berichte der Verwaltung	
TOP 12a)	Erhaltungssatzungen in der Stadtgemeinde Bremen - 63 -	BdV schriftlich

Frau Bernhard stellt fest, dass in Bremen anscheinend nur Erhaltungssatzungen aufgrund von städtebaulichen Kriterien erlassen würden und nicht nach sozialen Kriterien, wie es auch möglich wäre. Die Geltungsbereiche lägen zudem fast nur im Kernbereich der City. Das sei bedauerlich. Andere Städte würden diese sozialen Aspekte für bestimmte Stadtteile einbeziehen. Ein Vorkaufsrecht sei bei Schrottimmobilen nach dieser Vorlage durchaus möglich.

Herr Viering bestätigt, dass man nur Erhaltungssatzungen zur baulichen Erhaltung habe, wie z.B. die Fassadengestaltung. Sogenannte Millieuschutzsatzungen habe man in Bremen nicht. In den konkreten Fällen, in denen so etwas überlegt wurde, um bestimmte Rahmenbedingungen zu schützen, lagen die rechtlichen Voraussetzungen nicht vor. Punktuell für einzelne Quartiere würden andere Städte das tun. Schrottimmobilen seien Gebäude, die nicht mehr erhalten und daher beseitigt werden müssten. Bei Immobilien, die Gefahr laufen, Schrottimmobilen zu werden, sei wegen des Übernahmeanspruchs ein hohes finanzielles Risiko für die Stadt verbunden. Man nutze auch die Möglichkeit, in Bebauungsplänen einzelne Gebäude unter Erhaltungsschutz zu stellen, wie z. B. mehrere Einzelgebäude an der Osterholzer Dorfstraße. Auch da stelle sich im Einzelfall die Frage, ob die Gebäude noch einigermaßen wirtschaftlich erhal-

ten werden könnten. Falls nicht, drohe für die Stadt durch das Übernahmegebot ein finanzieller Schaden. Daher setze man mit diesem Instrument an der Stelle an, wo der Zustand eines Gebäudes noch so gut sei, dass es mit einigermaßen hoher Sicherheit durch den privaten Eigentümer erhalten werden könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12b)	Auswertung des Pilotprojekts Hundeauslaufläche nördlich der Galopprennbahn - 6-1 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12c)	Sachstandsbericht zum Projekt am Bahnhofsvorplatz („City Gate“) - 65 -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12d)	Entfernung des Teerflecks vor der Bremer Landesbank -63-	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

Herr Viering berichtet, dass vor der Bremer Landesbank ursprünglich ein Kiosk und sich der Zugang zu einer unterirdisch angelegten Toilettenanlage befand. Beides werde nicht mehr benötigt. Eine öffentlich zugängliche Behindertentoilette befinde sich in der neuen Landesbank und eine normale Toilettenanlage in der ehemaligen Bremer Bank. Zur Verabredung mit der Bremer Landesbank gehöre, dass diese ein Konzept für diese Fläche erarbeite, wobei die unterirdische Anlage zugänglich bleiben müsse, da sich dort auch Versorgungseinrichtungen wie Stromanschlüsse und Sicherungskästen für die Stromversorgung der Marktbesucher befänden. Es werde dazu eine hydraulische Klappe hergestellt, deren Oberfläche an die umliegende Fläche angepasst sei. Man rechne damit, dass diese im Januar eingebaut werden könne.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12e)	Sachstand zum Wohnungsbauprojekt Grohner Grün -BBN-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Frau Neumeyer möchte wissen, ob die im Bericht angekündigten Gespräche zu einem Ergebnis geführt hätten und ob eine Befassung der Deputation mit dem Bebauungsplan in der November Sitzung der Deputation zu erwarten sei.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass ein Gespräch mit dem Investor und Vertretern des Ressorts zum Anteil an Grünflächen stattgefunden habe. Man habe sich dabei sehr weit angenähert. Ein paar eher technische Fragen seien noch zu klären, insgesamt sei aber eine Einigung absehbar. Es sei dort eine sogenannte Klimaschutzsiedlung geplant, was natürlich sehr begrüßenswert sei.

Herr Donaubauer ergänzt, dass geplant sei, bis Ende November oder Anfang Dezember eine abgestimmte Deputationsvorlage vorlegen zu können.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12f)	Mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger durch Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten und Behinderteneinrichtungen -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Herr Saxe begrüßt die absehbare Regelung auf Bundesebene, wodurch die Einrichtung von Tempo 30 vor diesen Einrichtungen einfacher möglich werde. Dies sei ein wichtiger Beitrag für die Verkehrssicherheit.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12g)	Beleuchtung BAB A 270 Burglesum - ASV -	BdV schriftlich	L/S
-----------------	---	--------------------	-----

Siehe Protokoll der 13. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 27.10.2016.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12h)	Baustellenmanagement am Osterdeich -ASV-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 12i)	Piktogramme Rickmersstraße -ASV-	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

Frau Pieper berichtet, dass die Rickmersstraße in einer Tempo 30 Zone liege. Diese sei entsprechend beschildert mit den Verkehrszeichen Anfang bzw. Ende Tempo 30- Zone. Es habe schon länger die Forderung, dass zusätzlich zu dieser Beschilderung Tempo 30 Piktogramme aufgebracht werden, gegeben. Darüber wurde bereits in der Baudeputation beraten und es habe auch eine Petition dazu gegeben, der nicht abgeholfen werden konnte. Eine zusätzliche Kennzeichnung mit Piktogrammen werde nur dann vorgenommen, wenn besondere Umstände dies rechtfertigten. Besondere Umstände wären z.B. ein hoher Anteil an ortsfremdem Quell- und Zielverkehr in dieser Straße oder dass vom Straßenbild her nicht erkennbar sei, dass es sich um eine Anliegerstraße handele. Dies sei hier beides nicht der Fall. Es handele sich um ein abgeschlossenes Gebiet, aus dem Erscheinungsbild der Straße erkenne man ganz klar, dass man abseits der Hauptverkehrsstraße fahre. Daher sei eine zusätzliche Piktogrammausgestaltung nicht notwendig.

Herr Hamann verweist auf den möglichen Ermessensspielraum. Zwischen dem Beginn der Ausschilderung und der Stelle, an der das Piktogramm aufgebracht werden solle, lägen ein paar hundert Meter. Er regt an, sich das noch mal anzuschauen. Laut StVO solle man nicht Piktogramme oder sonstige Zeichen dort aufbringen, wo man sie nicht benötige, weil die Sach-

lage klar sei. Trotzdem habe man im Stadtgebiet Schilder, die Tempo 50 anordnen. An einigen Stellen im Innenstadtbereich gebe es Schilder, die besagen, dass man dort nicht parken dürfe, auch diese seien bei strikter Auslegung der StVO aus seiner Sicht nicht notwendig. Man habe gerade gehört, dass in Bremen teilweise Autobahnen beleuchtet werden, was man eigentlich gar nicht wolle. Es gebe Ermessensspielräume und diese könne man an dieser Stelle auch nutzen. Deswegen bittet er darum, diese Stelle gemeinsam in einem Ortstermin anzusehen. Die Sache sei nicht so eindeutig, wie in anderen Tempo 30 Zonen der Stadt, es sei dort teilweise ein bisschen ländlich geprägt. Auch bei der Anordnung von Tempo 30 Zonen vor Schulen habe es vor zwei Jahren noch geheißen, dass dies nicht gehe. Aber hier hätten sich die Dinge entwickelt. Daher sei das Argument nicht tragfähig.

Herr Imhoff fordert, das Aufbringen von Tempo 30- Piktogrammen vor der Schule in Strom ebenfalls erneut zu prüfen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12j)	Situation der Umweltbildung und der Einrichtungen in den Stadtteilen - 20 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12k)	Müllsituation am Werdersee - 23, 30-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Senkal begrüßt, dass das Ressort hier sehr viel getan habe, insbesondere mit der Initiierung des runden Tisches und den Begleitmaßnahmen. Es könnten jedoch nicht alle Probleme gelöst werden. Es seien vor Ort viele Ehrenamtliche tätig und gerade in den Abendstunden habe man die Problemsituation, dass alkoholisierte Menschen vor Ort seien, von denen einige auch pöbeln oder randalieren würden. Es sei daher gut, dass sich die Ehrenamtlichen dann zurückziehen würden, um Eskalationen zu vermeiden. Es stelle sich die Frage, wie weiter vorzugehen sei, denn Ehrenamtliche und auch das Ressort kämen hier an Grenzen. Er werde das Thema in die Innendeputation mitnehmen. Das Problem sei nicht gelöst, obwohl so viel passiert sei. Es sei gut, dass der Senat plane, dieses Thema inhaltlich mit ressortübergreifenden Arbeitsgruppen weiter voran zu bringen. Mit Beginn der nächsten Saison habe man wieder die Vermüllung und die Probleme vor Ort. Die Verursacher kämen aus der ganzen Stadt und dem Umland, hier sei eine Art von Tourismus entstanden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12l)	Einstellung der Linien 87, 96 und 97 sowie Baustelle Ständer in Blumenthal -5-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse erläutert, dass der Bericht zu den Linien 87, 96 und 97 in einem größeren Kontext zu betrachten sei. Es sei bereits unter TOP 10 über den Kontrakt zwischen der BSAG, dem VBN, der FHB, den Beschäftigten und der Gewerkschaft ver.di gesprochen worden. Darin gehe es unter Ziffer 3.9. um die Neubeschaffung von Straßenbahnen. Die mit der Neubeschaffung von Straßenbahnen verbundenen Finanzierungsnotwendigkeiten betragen durchschnittlich 18 Mio € pro Jahr über die Laufzeit des Kontraktes. Die BSAG trage daran ei-

nen Anteil von sechs Mio €. Diesen erbringe sie u. a. durch die Verbesserung der Effizienz der Leistungserbringung und durch Optimierung des Angebots, Qualitätskriterien und Steigerung der Beförderungserträge. Es müsse geprüft werden, ob das bisherige Liniennetz überall noch problemadäquat für die Nachfrage sei. Dazu würde betrachtet, wo Wohnsiedlungen entstanden seien, aber auch, wo eine sehr gute Schnellbahnerschließung vorhanden sei. Bremen Nord wurde in den letzten Jahren mit Abstand am besten von allen Stadtteilen bedacht mit der Durchbindung der Farge-Vegesacker-Eisenbahn und deren Taktverdichtung. Da liege es auf der Hand, dass Buslinien, die diesen Teil des Netzes bisher abgedeckt haben, möglicherweise obsolet werden. Die BSAG habe sich grundlegend auf allen dortigen Linien die Fahrgastzahlen angesehen und eine Reihe von Vorschlägen zur bedarfsorientierten Netzanpassung entwickelt. Wenn sich herausstelle, dass durch die Einstellung der Linie 87 insbesondere bei der Anbindung der beiden Seniorenheime lokale Härten entstünden, dann müssten problemangepasste Lösungen entwickelt werden. Es müsse aber klar sein, dass durch diese Optimierung die Finanzierung der neuen Straßenbahnen realisiert werden müsse.

Herr Scharf erklärt, dass seine Fraktion die Streichung bei allen drei Linien für nicht gerechtfertigt halte. Die Linie 87 sei bisher stündlich gefahren, die Linie 677 verkehre nur alle drei Stunden und könne das nicht auffangen. Die Entfernungen zu den nächsten Haltestellen seien mit rund 1,5 km von der Haltestelle Beckedorfer Heide bis zum Bahnhof Aumund nicht zumutbar. Ebenso wenig zur Haltestelle der Regio-S-Bahn am Bahnhof St. Magnus. Die Linien 96 und 97 erreichten gerade viele Nebenstraßen in Blumenthal bzw. Rönnebeck und würden das Gewerbegebiet Blumenthal und auch die Schule Eggstedter Straße anbinden. Wenn diese Linien durch die Linien 91, 92 und 94 ersetzt werden, werden dann trotzdem alle bisherigen Haltestellen angefahren? Auch ein 15-Minuten-Takt der Linie 91 nütze nichts, wenn die entsprechende Haltestelle nicht angefahren werde. Auch wenn, wie an der Haltestelle Milchstraße, nur 50 Fahrgäste am Tag einsteigen, müssten auch diese 50 Fahrgäste eine Anbindung haben und dürften nicht aus wirtschaftlichen Gründen einfach vergessen werden. Er möchte wissen, ob die Einstellung der Linien 87, 96, 97 tatsächlich schon im Winterfahrplan erfolgen werde.

Frau Dr. Schaefer hält es durchaus für richtig, anhand der Fahrgastzahlen fest zu stellen, ob sich der Betrieb lohne. Dies mache jedes Unternehmen. Die Stadtgemeinde zahle Zuschüsse an die BSAG, insofern sei es richtig, zu evaluieren, wie viele Personen eine bestimmte Strecke nutzen. Dies werde für das ganze Stadtgebiet erfolgen, in Bremen Nord werde jetzt begonnen. Gerade bei der Linie 87, wo es um die Bewohnerinnen und Bewohner des Altenheims gehe, habe das Ressort zugesichert, bedarfsorientierte, preisgünstigere Lösungen für die Menschen zu suchen.

Frau Bernhard verweist auf die ablehnende Haltung aller Beiräte in Bremen Nord. Grundsätzlich wolle man für Bremen Nord etwas tun und zwar auf verschiedenen Ebenen, wie Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung usw. und eben auch Verkehr. Diese Kürzungen seien bedenklich. Sie möchte wissen, wer wann über Härtefallregelungen entscheiden werde. Die Diskussion über die Linie 87 zeige, wie notwendig das sei. Hier die Einsparung in den Vordergrund zu stellen, sei für das Ziel, eines prosperierenden Stadtteils Bremen Nord wenig perspektivreich und verfestige die Probleme dort. In Gröpelingen habe man über Quartiersbusse diskutiert, darüber könnte man auch hier nachdenken.

Frau Sprehe gibt zu bedenken, dass mehr ÖPNV zwar wünschenswert sei, aber natürlich bezahlbar sein müsse. Es sei wichtig, eine vernünftige Abdeckung im ÖPNV-Bereich zu haben, damit jeder in einem bestimmten Rahmen seine Haltestelle erreichen könne. Dies sei bei einer Einstellung bei der Linie 87 nicht mehr gegeben und sie begrüße das Angebot, im Rahmen von Härtefallregelungen Lösungen zu suchen.

Frau Neumeyer fragt nach Möglichkeiten, die Taktlücken zu schließen. Im Beirat Lesum gebe es große Bedenken, ob die Haltestelle am Bahnhof St. Magnus barrierefrei zu erreichen sei. Die vorhandene Rampe sei sehr schwierig mit einem Rollstuhl oder einem Rollator zu befahren. Sie stellt den **Antrag**, die Deputation möge beschließen, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufzufordern, die Einstellung der Buslinie 87 unter Berücksichtigung von Alternativen und möglicher Härtefälle zu überprüfen und erst dann zu entscheiden.

Herr Buchholz stellt fest, dass es zwar grundsätzlich nachvollziehbar sei, Einsparungspotenziale zu suchen. Wenn diese aber offensichtlich ohne auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer dieser Linie zu achten, erfolgen sollen, dann sei dies nicht nur schädlich für den ÖPNV, sondern es werde auch eine Bevölkerungsgruppe in Beschlag genommen, von der angenommen werde, dass sie sich weniger wehren könne, als andere, die aber im Umkehrschluss viel eher darauf angewiesen sei, dass sie am ÖPNV teilnehmen könne. Er erwarte, dass die Linie 87 weiter bestehen könne. Die Menschen, die sie nutzen, seien auf diese Linie angewiesen. Die Zumutbarkeitsentfernung liege bei 600m. Hier seien es jetzt 1,5 km, dies sei ein Problem für jeden, der irgendeine gesundheitlichen Gebrechen habe. Die BSAG erhalte aus Steuermitteln jährlich eine große Summe und er lege er großen Wert darauf, dass dann auch soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Herr Pohlmann erklärt, dass man hier eine Gesamtverantwortung und insgesamt einen beschränkten finanziellen Rahmen habe. Es werde mit Sicherheit zu weiteren Einschränkungen kommen. Wenn die BSAG mit Ihren Straßenbahnen und Buslinien auch weiterhin einen großen Teil der gesellschaftlichen Aufgabe, Mobilität zu erzeugen, erfüllen solle, dann müsse man akzeptieren, dass man in bestimmten Bereichen ein geringeres Angebot habe.

Frau Dr. Schaefer weist darauf hin, dass bei der Linie 91 der Takt auf einen 15-Minuten-Takt verdoppelt werde. Es werde nicht nur eingespart, sondern dort, wo eine große Nachfrage bestehe, werde auch das Angebot deutlich verbessert.

Herr Senator Dr. Lohse betont, dass gerade für den ÖPNV in Bremen Nord in den letzten Jahren viel getan worden sei, mit der Einführung „Eine Stadt - Ein Tarif“, mit der Regio-S-Bahn und der umsteigefreien Durchbindung der Farge-Vegesacker-Eisenbahn.

Herr Polzin berichtet, dass die BSAG auch betriebsintern, viele Einsparungsmaßnahmen durchführe. Für die Linie 87 werde man nach bedarfsorientierten Lösungen schauen. Bedarfsorientiert bedeute aber definitiv nicht, dass weiterhin eine Buslinie fahre, da diese sehr hohe Kosten bei sehr geringer Nachfrage erzeuge. Aber man werde versuchen, der Situation der Menschen in den Senioreneinrichtungen gerecht zu werden, die wenig Mobilitätsalternativen haben.

Herr Arndt ergänzt, dass das Busnetz ständig evaluiert werde, in dem Maße, wie auch die Regio-S-Bahn mehr angenommen werde. Auch die Maßnahme „Eine Stadt - Ein Tarif“ habe Auswirkungen auf die Verkehrsmittelwahl der Menschen in Bremen Nord gehabt. Sie würden immer noch gerne mit dem ÖPNV fahren, aber sie würden jetzt andere, kürzere Wege fahren, z.B. nicht mehr bis Vegesack, sondern schon in Blumenthal oder an den anderen Haltepunkten in die Regio-S-Bahn umsteigen. Insofern sei es auch logisch, dass sich das Verkehrsaufkommen auf den Buslinien in Bremen anders darstelle. Der Zubringerverkehr auf die einzelnen Bahnhöfe sei wichtiger und werde auch angenommen. Abgesehen von der Linie 87 würden alle Haltestellen, im Netz Bremen Nord auch künftig bedient, mit Ausnahme von drei Haltestellen im Gewerbegebiet Heidlerchenstraße, mit zusammen vielleicht 20 Fahrgästen am Tag. Durch die Linie 91 ergebe sich der Vorteil, dass Fahrgäste aus Lüssum nicht mehr in Blumenthal umsteigen müssten. Die Ausrichtung auf die Regio-S-Bahn werde mit den Änderungen stärker forciert, aber auch bestehende Mängel behoben oder Fahrgastwünsche aufgenommen, z.B. werde die Linie 94 nach Marßel geführt statt nach Gröpelingen. Damit werde Fahrgastwünschen entsprochen.

Herr Rode erläutert, dass die BSAG mit dem ZVBN über den Bereich Beckedorf bzw. den nördlichen Bereich Vegesack, Milchstraße usw. in Verhandlungen sei. In Bremen Nord gebe es keinen Winterfahrplan, sondern einen Jahresfahrplan, der am 13. Dezember beginne. Darin sei die Linie 87 nicht mehr enthalten. Die Änderungen in Blumenthal und Lüssum, betreffend die Linien 91, 96 und 97 würden erst ein Jahr später, im Dezember 2017 Jahr greifen.

Herr Pohlmann lässt über den Antrag von Frau Neumeyer abstimmen:

Zustimmung: Fraktionen der CDU und der FDP

Ablehnung: Fraktionen der SPD, B 90/Die Grünen und DIE LINKE

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12m)	3D- Zebrastreifen - 5 -	BdV schriftlich
---------------------	-----------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12n)	Rettungsgasse - 5-	BdV schriftlich
---------------------	------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 12o)	Erfahrungen mit den neuen Werbeverträgen - 7-2	BdV mündlich
---------------------	--	------------------------

Herr Imholze führt aus, dass der Konzessionsvertrag zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Deutschen Telekom GmbH zur Werbung auf öffentlichem Raum seit Januar 2010 bestehe. Das Entgelt betrage jährlich 3,5 Mio €. Vor etwa anderthalb Jahren habe die Deutsche Telekom GmbH den Wunsch geäußert, sich aus dem Geschäftsfeld Out-of-Home Media zurückzuziehen und das operative Geschäft der Ströer Deutsche Städte Medien GmbH zu übergeben. Diesem Wunsch habe die Stadtgemeinde Bremen im Januar 2016 entsprochen. Die Deutsche Telekom GmbH bleibe mit allen Rechten und Pflichten Partner der Stadtgemeinde Bremen für die Laufzeit des Vertrages, dieser laufe bis Ende 2025. Ströer Deutsche Städte Medien GmbH habe alle Werbeträger, die bisher der Telekom gehörten, erworben und umgestellt. Mit Ströer Deutsche Städte Medien GmbH wurde auch vereinbart, dass Werbeträger auf privatem Grund nicht weiter ausgebaut werden sollen. Die Deutsche Telekom GmbH habe bisher immer eine Dokumentation über die Erlöswerte erstellt, dies werde auch weiterhin von der Deutschen Telekom GmbH erbracht.

Herr Strohmann spricht das Problem an, dass viele ehrenamtliche Bereiche, wie Sportvereine oder Künstlergruppen, die im Stadtteil Werbezettel verteilt haben oder mit Stellschildern ein Straßenfest angekündigt haben, von der Deutschen Telekom GmbH mit einer einstweiligen Verfügung belangt wurden. Ebenso bei Werbung auf Sportplätzen. Er möchte wissen, wie die Ströer Deutsche Städte Medien GmbH damit umgehe.

Herr Imholze berichtet, dass er dazu ein Gespräch mit der Firma Ströer geführt habe. Es gebe die Zusage der Firma Ströer, dass nach innen gerichtete Werbung, z.B. bei Sportvereinen, die dem Verein zugutekomme, auch weiterhin gemacht werden dürfe. Im Telekom-Vertrag gebe es allerdings den Punkt der Wildwerbung. Bei Konflikten habe man in der Vergangenheit immer versucht, diese bilateral zu klären. In letzter Zeit seien keine Fälle bekannt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

NACH- TRAG TOP 12p)	Sofortprogramm Wohnungsbau umsetzen - aus Flüchtlingen werden Bremerinnen und Bremer - 6,7, SBD -	BdV schriftlich
--	---	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse erläutert den Bericht. Der Senatsbeschluss vom 15.12.2015, auf den sich dieser Dringlichkeitsantrag bezogen habe, sei in den Prognosen inzwischen ein Stück weit überholt. Im Senatsbeschluss war man bis Ende 2017 von etwa 29.600 Flüchtlingen ausgegangen, die nach Bremen kommen würden. In der Realität seien die Zugangszahlen an Flüchtlingen inzwischen deutlich zurückgegangen.

Der Bericht verweise auf eine ganze Reihe von Aktivitäten, die dem Ressort und auch dem gesamten Senat eine ganze Menge abverlangt hätten. Die Modulbauten waren damals mit einer Größenordnung bis zu 3.500 WE vom Senat beschlossen worden. Dies sei teilweise von der Wirklichkeit überholt worden, einerseits durch die zurückgehenden Zugangszahlen, andererseits weil der reguläre Wohnungsbau - mit Wohnungen auf dem aktuellen energetischen Standard und Nutzungsdauern von rund 50 Jahren - enorm beschleunigt wurde und auch bei den Herstellungskosten pro m² nur sehr geringe Unterschiede aufweisen würden.

Frau Bernhard erklärt, dass ihre Fraktion natürlich der Ansicht sei, dass zu wenig Wohneinheiten realisiert werden und es insgesamt zu langsam voran gehe. Sie verstehe nicht, weshalb für die Modulbauten für zehn Jahre Mietverträge mit den Investoren abgeschlossen werden. Das sei nicht nachvollziehbar und eine vollkommen unökonomische Vorgehensweise. Eine Verpflichtung über 2017 hinaus sei sehr viel teurer, als eine Umsetzung in Eigenregie. Sie fragt, ob es zutreffend sei, dass bei der Maßnahme an der Anne-Conway-Straße die Barrierefreiheit ein Stück weit in den Hintergrund gerate.

Herr Bücking stellt fest, dass dies ein interessanter, politischer, verwaltungsreformerischer und ökonomischer Prozess sei. Man müsse die Instrumente für die Zukunft prüfen und die offenen Frage aufarbeiten. Der Senator habe gesagt, 2.000 Baugenehmigungen im Jahr seien zu schaffen. Da finde eine große Konjunktur statt. Aber die Voraussetzungen dafür an Personal, an Flächen usw. müsse man auch schaffen. Ohne die privaten Investoren gehe das nicht.

Herr Pohlmann führt aus, dass die Frage wo und wie gebaut wird, eine intensiv geführte Debatte in der Stadtgesellschaft auslöse. Integration bedeute auch, in allen Segmenten des Wohnungsbaus voranzuschreiten, um die Menschen zu integrieren. Man habe sich für eine Politik der Innenentwicklung entschieden, dabei gebe es immer wieder Konflikte. Aber Projekte wie die Gartenstadt Werdersee oder die Galopprennbahn seien wichtige stadtentwicklungspolitische Ziele und auch Voraussetzungen, um die zukünftigen Bedarfe zu decken.

Herr Janßen mahnt, in der Diskussion vorsichtig zu sein. Die Zahl an Flüchtlingen sei nicht tatsächlich geringer geworden, sondern diese kämen nicht mehr hier an. Hier sei die Zeit, um zu planen, durch europäische und Bundesgesetzgebung ziemlich blutig erkaufte worden. Es bedeute nicht, dass die Situation für die Menschen, die auf der Flucht seien, irgendwie besser geworden sei.

Frau Neumeyer regt an, Flüchtlinge auch in altem Wohnbestand unterzubringen, um die Integration zu verbessern. Eine Ghettoisierung wolle man nicht wieder. Auf jeden Fall bestehe Einigkeit darüber, dass das Thema auf die Tagesordnung einer der ersten Sitzungen im nächsten Jahr gesetzt und das intensiv beraten werden müsse.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis.

TOP 13	Verschiedenes	
TOP 13a	Auswirkungen der Umstrukturierung des Stadtamtes auf das Ressort Bau, Umwelt und Verkehr	

Frau Bernhard bittet um einen Sachstand zur geplanten Umstrukturierung im Stadamt.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass sich der Senat auf einen Prozess verständigt habe. Der Innensenator habe vorgetragen, dass das Amt insgesamt sehr komplex und schwer steuerbar sei. Konsens sei, dass die bisherige Zentralabteilung des Stadtamtes in das Innenressort integriert werde und das Wirtschaftsressort die Markt- und Gewerbeangelegenheiten übernehmen solle. Für die verbleibenden Teile des Stadtamtes solle es zwei kleinere Ämter geben. Eines als Anlaufstelle für Pass- und Meldeangelegenheiten und ein Amt für Ausländer- und Integrationsfragen sein. Zur Frage, ob sich um die KfZ- Angelegenheiten künftig das Verkehrsressort kümmern solle, sei zu klären, ob das Ziel, eine Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger, damit erreicht werden könne. Gleichzeitig müsse es vom Verwaltungsaufwand, von der Steuerung her effizient sein. Der Senat habe sich dazu auf einen ergebnisoffenen, neutralen Analyseprozess verständigt.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Situation und Perspektive nach der Schließung des Kellogg-Werks	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Bernhard	Geplant am 19.01.2016
Querungshilfen - Prioritäten und zeitliche Perspektiven	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe	Geplant am 19.01.2016
Darstellung der Möglichkeiten des Scoutings und der systematischen Co-Finanzierung von möglichen weiteren Fahrradmodellquartieren	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saxe	Geplant zusammen mit dem Bericht zum Bürgerschaftsauftrag

Herr Pohlmann schließt die 13. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll